



## TÄTIGKEITSBERICHT 16

Aktivitäten von SOS Mitmensch im Jahr 2016. Zur Vorlage bei der ordentlichen Generalversammlung am 21. Juni 2017.

Erstellt am 19. Juni 2017.

## INHALT

Fazit	3
Einleitung	7
Über SOS Mitmensch	7
Wie wir arbeiten	7
Kontrolle, Intervention und Innovation	8
Vernetzung und Unterstützung	14
Ehe Ohne Grenzen	14
Zukunftsbudget	14
Mitgliedschaften	14
Information und Hilfe	15
MO – Magazin für Menschenrechte	15
Informationsveranstaltung	15
Hilfe	15
Organisatorisches	16
Personelles	16
Chronologie	17

## FAZIT

**Auch 2016 hat SOS Mitmensch wieder eine Reihe an wichtigen Aktivitäten in den Bereichen Antirassismus, Demokratie, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und Einsatz für Flüchtlingsrechte gesetzt. Im Folgenden ein Fazit zu einigen der Aktivitäten von SOS Mitmensch im Jahr 2016. Eine detailliertere Beschreibung findet sich unter dem Punkt „Kampagnen und Aktivitäten 2016“ (ab S. 8). Eine Chronologie der Aktivitäten von SOS Mitmensch findet sich unter dem Punkt „Chronologie“ (ab S. 17).**

SOS Mitmensch hat sich vehement gegen die Kürzung der Mindestsicherung für Familien mit Kindern sowie Asyl- und Schutzberechtigte eingesetzt. Wir haben dazu Informations- und Bewusstseinsarbeit geleistet – etwa, indem wir eine Info-Webseite mit 20 Fragen & Antworten zur bedarfsorientierten Mindestsicherung erstellt haben. In Oberösterreich, Niederösterreich und Wien wurden Plakat-Aktionen gesetzt und eine Demonstration in Linz unterstützt. Kurz vor dem Mindestsicherungskürzungsbeschluss im oberösterreichischen Landtag überreichte SOS Mitmensch eine Petition mit knapp 7.000 Unterschriften an den oberösterreichischen Landtagspräsidenten. Unmittelbar vor dem Mindestsicherungskürzungsbeschluss im niederösterreichischen Landtag wurde in einer spektakulären Aktion der Spruch "Nehmen Sie den Ärmsten nicht das letzte Hemd, Herr Pröll!" auf den Regierungssitz des niederösterreichischen Landeshauptmanns projiziert. Im Herbst 2016 ging auf der Webseite von SOS Mitmensch ein Live-Einkommenszähler online, der zeigt, wie weit Regierungsmitglieder und MindestsicherungsbezieherInnen finanziell auseinander liegen und wie gravierend sich Mindestsicherungskürzungen auf das verfügbare Geld für Betroffene auswirken. Die Kampagne von SOS Mitmensch gegen Mindestsicherungskürzungen hat viel Aufmerksamkeit erregt und zu einer Reihe an Reaktionen geführt, den unsolidarischen Vorstoß von Oberösterreich und Niederösterreich, dem nach und nach weitere Bundesländer in unterschiedlicher Intensität folgten, konnten wir allerdings nicht verhindern. Es gelang jedoch, jenen Bundesländern Rückhalt zu geben, die bis heute keine Kürzung der Mindestsicherung durchgeführt haben.

Nach der Aufnahme von knapp 90.000 Asylsuchenden im Jahr 2015 und einem enormen Ausmaß an Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Österreich, hat SOS Mitmensch daran mitgewirkt, dass sich die Welle der Hilfsbereitschaft für geflüchtete Menschen auch im Jahr 2016 fortsetzte. Dazu wurde eine Kampagne zur ehrenamtlichen Hilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge gestartet und eine Info-Webseite erstellt, die Menschen, die privat helfen wollen, einen Überblick über die Möglichkeiten dazu bietet. Im Sommer 2016 startete SOS Mitmensch darüber hinaus die Kampagne „Warum ich helfe“. Wir veröffentlichten zahlreiche Porträts von Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren und die von ihren Erfahrungen berichten und zum Engagement ermutigen.

SOS Mitmensch hob wiederholt die Wichtigkeit und positive Wirkung von Willkommenskultur hervor und kritisierte die zunehmende Diskreditierung einer gelebten Kultur der Hilfsbereitschaft, der Menschlichkeit und der Solidarität. SOS Mitmensch betont, dass es keine stärkere integrative Kraft gibt, als eine Willkommenskultur, die Menschen offen, hilfsbereit und respektvoll begegnet und die Solidarität, Menschlichkeit und Gleichberechtigung vorlebt. Wir plädieren für eine Ausdehnung der Willkommenskultur auf alle Menschen in Österreich.

SOS Mitmensch trat auch 2016 wieder vehement gegen Rassismus, Antisemitismus und Fundamentalismus auf. Wir verurteilten die menschenverachtenden islamistisch-fundamentalistisch motivierten Terroranschläge scharf, und riefen dazu auf, keinesfalls die von sowohl FundamentalistInnen als auch RassistInnen gewünschte Spaltung unserer Gesellschaft entlang von Herkunft und Religion zuzulassen.

In Sachen Abwehr von Antisemitismus und Rassismus zeigte SOS Mitmensch auf, dass die mandatsstärkste Oppositionspartei im österreichischen Parlament ein Magazin regelmäßig und mit zahlreichen Inseratschaltungen unterstützt, das antisemitische, rassistische und Holocaust-Überlebende verunglimpfende Beiträge veröffentlicht. Es wurden auch die Verbindungen und Naheverhältnisse der FPÖ zu einer vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen Gruppierung thematisiert:

Scharfe Kritik übte SOS Mitmensch an der vom Weisungsrat des Justizministeriums verordneten Einstellung eines Verfahrens gegen einen Anwalt aus Wels, der im Zuge eines Plädoyers die Existenz von Gaskammern in Mauthausen infrage gestellt hatte.

SOS Mitmensch hat auch im Jahr 2016 unermüdlich gegen politische und mediale Hetze mobil gemacht. Der Verbreitung von hetzerischen Falschinformationen wurde durch Aufklärungsarbeit entgegengearbeitet. So thematisierten wir beispielsweise Falschinfos der Kronenzeitung zum Thema Einbürgerung von Geflüchteten, eine manipulative Grafik der Kronenzeitung zu Sozialhilfeleistungen sowie Falschinfos des Innenministers zum Thema Kriminalität. Zur Abwehr von Hass und Hetze im Netz veröffentlichte SOS Mitmensch im Sommer 2016 einen Online-Ratgeber mit Informationen, wie man sich gegen Hasskommentare im Netz wehren kann. Darüber hinaus veröffentlichte SOS Mitmensch Fakten zum Thema Kriminalität in Österreich.

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und MenschenrechtsvertreterInnen hat sich SOS Mitmensch gegen eine menschenrechtswidrige Asyl-Obergrenze stark gemacht. Wir riefen dazu auf, persönliche Schreiben an die Bundesregierung zu schicken. Dem Aufruf sind hunderte Menschen gefolgt. Darüber hinaus hat SOS Mitmensch gemeinsam mit vielen anderen und mit Unterstützung prominenter Persönlichkeiten eine erfolgreiche Kampagne gegen den Beschluss einer Notstandsverordnung geführt. Mehr als 4.400 Menschen schlossen sich der kritischen Begutachtungs-Stellungnahme von SOS Mitmensch zur Notstandsverordnung an. Es gelang zu verhindern, dass Österreich im Jahr 2016 zum Notstandsland erklärt wird und Notstandsbestimmungen in Kraft treten.

Anlässlich der Bundespräsidentenwahl 2016 führte SOS Mitmensch eine erfolgreiche Video-Kampagne durch, in der wir zu „Wahlmunterkeit“ aufriefen. Dank prominenter Beteiligung an der Kampagne und der breiten Mobilisierung vieler kleinerer und größerer Initiativen gelang es, zu einer breiten Beteiligung an der Bundespräsidentenwahl anzuregen: SOS Mitmensch zeigte darüber hinaus die Nähe von Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer zu rechtsextremen Gedankengutelementen und zu einem antisemitischen, rassistischen und Holocaust-Überlebende verunglimpfenden Magazin auf:

Nach dem knappen Ergebnis in der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl, durch welches Österreich beinahe erstmals in der Zweiten Republik einen Bundespräsidenten erhalten hätte, der Menschen allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit nicht als Teil Österreichs anerkennt, verfasste SOS Mitmensch einen offenen Brief an die Spitzen der österreichischen Politik. Wir riefen dazu auf, keine Spaltung nach Herkunft und Religion zuzulassen: SOS Mitmensch erhielt zahlreiche Reaktionen von Seiten politischer VertreterInnen unterschiedlicher Parteien, in denen diese betonten, eine solche Spaltung nicht zulassen zu wollen. SOS Mitmensch veröffentlichte diese Stellungnahmen.

Im Sommer 2016 veröffentlichte SOS Mitmensch 30 Fragen und Antworten zum Thema MuslimInnen und Islam in Österreich: Ziel war es, mit der Beantwortung von häufig gestellten Fragen Wissen zu stärken und Vorurteilen vorzubeugen sowie zu Brückenbau, Dialog, Begegnung, Öffnung und zu einem differenzierten Problembewusstsein anzuregen.

Angesichts der aufkeimenden Debatte über Verbote von Kleidungsstücken, die das Gesicht verhüllen, stellte SOS Mitmensch klar, dass wir dem Tragen gesichtsverhüllender Kleidung äußerst kritisch gegenüber stehen. SOS Mitmensch betonte die Wichtigkeit von Selbstbestimmungs- und Freiheitsrechten von Frauen und sprach sich sowohl gegen Bekleidungszwang als auch gegen Bekleidungsverbote aus.

SOS Mitmensch wies die Bundesregierung im Jahr 2016 erneut auf zahlreiche Schwachstellen und ungenutztes Potenzial in der Integrationspolitik hin. Wir listeten zehn Integrationsbereiche auf, in denen akuter Handlungsbedarf besteht. Dazu zählt auch der Bereich der Einbürgerung und der Beteiligungsmöglichkeiten an der Demokratie. SOS Mitmensch sprach sich für weniger Ausgrenzung bei der Einbürgerung aus und veröffentlichte eine Info-Webseite mit fünf Fragen und Antworten zum Thema Einbürgerung.

SOS Mitmensch setzt sich bereits seit Jahren für ein realistisches und besser zugängliches Rot-Weiß-Rot-Karten-System ein. Die Regierung griff im Jahr 2016 einen Teil der Anregungen auf und erarbeitete einen Gesetzesentwurf. In einer Stellungnahme begrüßte SOS Mitmensch die punktuellen Verbesserungen, zugleich übten wir jedoch Kritik am Weiterbestehen zahlreicher unrealistisch hoher Hürden für die Erlangung der Karte.

SOS Mitmensch verurteilte einen sexistischen Eklat in der Vorarlberger Gemeinde Egg. Aufgrund sexistischer Anfeindungen sah sich die designierte Bürgermeisterkandidatin dazu gezwungen, einen Rückzieher machen. SOS Mitmensch thematisierte, dass der Frauenanteil unter den BürgermeisterInnen in Österreich nur bei unter sieben Prozent liegt und dass es Maßnahmen brauche, um diesen Anteil zu heben.

SOS Mitmensch verlieh 2016 zum 13. Mal den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage. Ausgezeichnet wurden im randvollen Haus der EU in Wien die Vorarlberger Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann für ihren herausragenden Einsatz für den Schutz und die Lebensperspektiven von syrischen Flüchtlingen. Ausgezeichnet wurde darüber hinaus die Initiative „Refugee Convoy“ für ihr mutiges transnationales Engagement für Menschen auf der Flucht. Die Preisreden wurden von Christine Nöstlinger und Eva Blimlinger gehalten. Überreicht wurden die

Preise von der Flüchtlingshelferin Ute Bock und dem Vorsitzenden von SOS Mitmensch Max Koch. Die Preisdotierung von insgesamt 3.000 Euro wurde von der RD Foundation Vienna von Ingrid und Christian Reder sowie von der Unruhe Privatstiftung gespendet.

## **EINLEITUNG**

### ÜBER SOS MITMENSCH

SOS Mitmensch ist eine Pressure Group, die sich lautstark und tatkräftig für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzt. Unser Ziel ist die Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller Menschen.

Die Organisation wurde am 10. Dezember 1992 als Verein gegründet. Den Kern unserer Initiative bilden das Koordinationsbüro, ein Netzwerk von assoziierten Einzelpersonen sowie der Verein mit Vorstand. Wir finanzieren unsere Arbeit mit privaten Spenden und durch Sponsoring, viele unserer MitarbeiterInnen arbeiten ehrenamtlich.

Das Koordinationsbüro mit Sitz in Wien ist Drehscheibe der Aktivitäten von SOS Mitmensch. Der Vorstand ist das Steuerungs- und Kontrollgremium des Vereines und delegiert die Führung der Vereinsgeschäfte an die Geschäftsführung und das Koordinationsbüro. Die Generalversammlung besteht aus den ordentlichen Mitgliedern und tritt jährlich in der Vollversammlung zusammen. Die Ehrenmitglieder von SOS Mitmensch bilden das Kuratorium.

### WIE WIR ARBEITEN

#### **Kontrolle, Intervention und Innovation**

SOS Mitmensch beobachtet die Menschenrechtssituation und interveniert bei Fehlentwicklungen. Daneben entwickeln wir auch eigene Vorschläge für Verbesserungen in menschenrechtlich relevanten Bereichen.

#### **Vernetzung und Unterstützung**

SOS Mitmensch unterstützt Menschen und Initiativen, die Wichtiges leisten. Wir beteiligen uns an regionalen und internationalen Netzwerken.

#### **Information und Hilfe**

SOS Mitmensch leistet konkrete Hilfe in Einzelfällen, wenn sich damit ein gesellschaftliches Defizit strukturell bearbeiten lässt. Wir organisieren Diskussionsveranstaltungen und Informationskampagnen.

#### **Organisieren von Gegenmacht**

SOS Mitmensch mischt sich ein. Wir beteiligen uns an der demokratischen Meinungs- und Willensbildung, indem wir gemeinsam mit anderen auf die Notwendigkeit der Menschenrechte aufmerksam machen.

## **KONTROLLE, INTERVENTION UND INNOVATION**

Die Hauptaufgabe von SOS Mitmensch ist es, menschenrechtliche Defizite zu identifizieren, diese aufzuzeigen, Lösungen anzubieten und Druck bezüglich deren Umsetzung zu entfalten.

### **KAMPAGNEN UND AKTIVITÄTEN 2016**

#### **Aktiv für soziale Gerechtigkeit**

Im Jahr 2010 wurde die bedarfsorientierte Mindestsicherung nach jahrelangen Diskussionen von SPÖ und ÖVP beschlossen. Ihre Höhe orientierte sich an der Ausgleichszulage der Pensionsversicherung. Es wurde angenommen, dass das ein Betrag sei, der ein würdevolles Leben ermögliche. Aus der ursprünglich angedachten 14-maligen Auszahlung der Mindestsicherung pro Jahr wurde allerdings schlussendlich nur eine 12-malige Auszahlung, ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Nur Oberösterreich scherte in dieser Frage aus und legte fest, dass Betroffene die Mindestsicherung 13 Mal pro Jahr bekommen sollten, aufgeteilt auf 12 Auszahlungstermine. Daher ist Oberösterreich das einzige Bundesland, das für Einzelpersonen monatlich bis zu 914 Euro Mindestsicherung auszahlt. In allen anderen Bundesländern sind es zwischen 830 und 840 Euro. Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren von Seiten der Bundes-ÖVP Kritik an der Mindestsicherung laut. Seit Anfang 2016 gab es konkrete Bestrebungen die Mindestsicherung zu kürzen. Als Vorwand dafür diente die Aufnahme geflüchteter Menschen. In den Bundesländern Niederösterreich, Burgenland, Salzburg und der Steiermark wurden zuerst subsidiär Schutzberechtigte von der Mindestsicherung ausgeschlossen. In Oberösterreich und Niederösterreich strebten die Landesregierungen auch den Ausschluss von anerkannten Flüchtlingen von der regulären Mindestsicherung an. Darüber hinaus sollte die Mindestsicherung für Familien mit Kindern gekürzt und mit einem Maximalbetrag von 1.500 Euro begrenzt werden. Der Betrag, der als Minimum für ein würdevolles Leben festgelegt wurde, sollte damit deutlich unterschritten werden.

SOS Mitmensch startete daraufhin Anfang 2016 eine Kampagne gegen die Kürzung der Mindestsicherung. Wir konfrontierten verantwortliche Politiker der Bundesregierung und der Landesregierungen von Ober- und Niederösterreich mit der Frage, ob sie von wenigen hundert Euro im Monat leben könnten. Darüber hinaus leistete SOS Mitmensch Informations- und Bewusstseinsarbeit – etwa, indem wir eine Info-Webseite mit 20 Fragen & Antworten zur bedarfsorientierten Mindestsicherung erstellt haben. In Oberösterreich, Niederösterreich und Wien wurden Plakat-Aktionen gesetzt und eine Demonstration in Linz unterstützt. Kurz vor dem Mindestsicherungskürzungsbeschluss im oberösterreichischen Landtag überreichte SOS Mitmensch eine Petition mit knapp 7.000 Unterschriften an den oberösterreichischen Landtagspräsidenten. Unmittelbar vor dem Mindestsicherungskürzungsbeschluss im niederösterreichischen Landtag wurde in einer spektakulären Aktion der Spruch "Nehmen Sie den Ärmsten nicht das letzte Hemd, Herr Pröll!" auf den Regierungssitz des niederösterreichischen Landeshauptmanns projiziert. Im Herbst 2016 ging auf der Webseite von SOS Mitmensch ein Live-Einkommenszähler online, der zeigt, wie weit Regierungsmitglieder und MindestsicherungsbezieherInnen finanziell auseinander liegen und wie gravierend sich die Mindestsicherungskürzungen auf das verfügbare Geld der betroffenen Personen und Familien auswirken. Die Kampagne von SOS Mitmensch gegen Mindestsicherungskürzungen hat viel



Aufmerksamkeit erregt und zu einer Reihe an Reaktionen geführt. Den unsolidarischen Vorstoß von Oberösterreich und Niederösterreich, dem nach und nach in unterschiedlicher Intensität weitere Bundesländer folgten, konnten wir allerdings nicht verhindern. Es gelang jedoch, jenen Bundesländern Rückhalt geben, die bis heute keine Kürzung der Mindestsicherung durchgeführt haben – die allerdings weiterhin unter massivem Druck durch die anderen, unsolidarischen Bundesländer und den unsolidarisch agierenden Finanzminister stehen.

### **Aktiv für Willkommenskultur**

Im Jahr 2014 wurde sie vom damaligen österreichischen Integrationsstaatssekretär noch eingefordert, Mitte 2015 wurde sie von vielen bestaunt, kurz darauf begann jedoch ihre systematische Diskreditierung durch Teile der Medien und der Politik – darunter auch dem inzwischen vom Staatssekretär zum Minister aufgestiegene Politiker: Die Rede ist von der Willkommenskultur.

Willkommenskultur bedeutet, dass neu ankommenden bzw. neu hinzukommenden Menschen Respekt und Offenheit entgegengebracht wird. Willkommenskultur bedeutet auch, dass man die Werte, die einem wichtig sind, vorlebt. Willkommenskultur ist somit nichts Naives und macht auch nicht nur in Ausnahmesituationen Sinn. Sie ist vielmehr das Fundament einer nachhaltig funktionierenden Gesellschaft. Die vielen tausend Freiwilligen, die geflüchteten Menschen an Grenzübergängen, Bahnhöfen und Asylquartieren offen, hilfsbereit und respektvoll begegneten, wussten, dass die Aufnahme so vieler Menschen eine große Herausforderung ist. Sie spürten jedoch auch, dass es menschlich richtig ist, den Menschen auf der Flucht mit Hilfsbereitschaft zu begegnen. Und sie haben, indem sie Menschlichkeit, Solidarität und Gleichberechtigung vorgelebt haben, Bemerkenswertes bewirkt. Viele Geflüchtete berichten, wie sehr sie der Umgang mit den Freiwilligen überrascht, geprägt und für ihr eigenes Handeln inspiriert hat. Viele wurden kurz nach ihrer Ankunft selbst zu freiwilligen Helferinnen und Helfern.

Mit den kriminellen und sexistisch-gewalttätigen Übergriffen in Köln war dann jedoch plötzlich ein anderes Bild von Willkommenskultur präsent. Willkommenskultur würde alles tolerieren, auch Sexismus, hieß es. Dabei war genau das Gegenteil der Fall. Es war gerade die – zum Großteil von Frauen getragene – Willkommenskultur, die Respekt gegenüber der Freiheit, der Würde und dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen transportierte und in den Vordergrund rückte.

SOS Mitmensch setzte sich daher auch im Jahr 2016 für eine Beibehaltung, Stärkung und den Ausbau von Willkommenskultur ein. Wir hoben wiederholt die Wichtigkeit und positive Wirkung von Willkommenskultur hervor und kritisierten die zunehmende Diskreditierung einer gelebten Kultur der Hilfsbereitschaft, der Menschlichkeit und der Solidarität. Während etwa der kanadische Premierminister zu den neu nach Kanada kommenden Flüchtlingen laut und deutlich „Welcome home“ sagt, spricht die österreichische Bundesregierung inzwischen nur noch von „Asyl auf Zeit“ und signalisiert damit, dass geflüchtete Menschen vorerst nicht als Teil der österreichischen Gesellschaft anerkannt werden. Diese ausgrenzende Haltung wurde nicht nur von Menschenrechtsorganisation wie SOS Mitmensch kritisiert, sondern auch von Integrations- und Arbeitsmarktexperten. Diese verweisen darauf, dass eine Kultur der Abwehr gegenüber bereits im Land befindlichen Geflüchteten deren Chancen, in Österreich gut Fuß zu

fassen und Perspektiven zu entwickeln, beeinträchtigt. Wesentlich wertvoller wäre es, die Errungenschaft einer gelebten Kultur der Menschlichkeit auszubauen, nicht nur in Bezug auf neu ankommende Menschen, sondern auch gegenüber jenen, die bereits in Österreich leben bzw. hier zur Welt kommen.

SOS Mitmensch betont daher, dass es keine stärkere integrative Kraft gibt, als eine Willkommenskultur, die Menschen offen, hilfsbereit und respektvoll begegnet und die Solidarität, Menschlichkeit und Gleichberechtigung vorlebt. Wir plädieren für eine Ausdehnung der Willkommenskultur auf alle Menschen in Österreich.

### **Aktiv für Hilfsbereitschaft**

Nach der Aufnahme von knapp 90.000 Asylsuchenden im Jahr 2015 und einem enormen Ausmaß an Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Österreich, hat SOS Mitmensch daran mitgewirkt, dass sich die Welle der Hilfsbereitschaft für geflüchtete Menschen auch im Jahr 2016 fortsetzte. Dazu wurde eine Kampagne zur ehrenamtlichen Hilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge gestartet und eine Info-Webseite erstellt, die Menschen, die privat helfen wollen, einen Überblick über die Möglichkeiten dazu bietet. Im Sommer 2016 startete SOS Mitmensch darüber hinaus die Kampagne „Warum ich helfe“. Wir veröffentlichten zahlreiche Porträts von Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren und die von ihren Erfahrungen berichten und zum Engagement ermutigen.

### **Aktiv gegen fundamentalistischen Terror und dessen Auswirkungen**

SOS Mitmensch trat auch 2016 wieder vehement gegen Rassismus, Antisemitismus und Fundamentalismus auf. Wir verurteilten die menschenverachtenden islamistisch-fundamentalistisch motivierten Terroranschläge scharf, und riefen dazu auf, keinesfalls die sowohl von FundamentalistInnen als auch RassistInnen gewünschte Spaltung unserer Gesellschaft entlang von Herkunft und Religion zuzulassen.

### **Aktiv gegen Hetze in Politik und Medien**

SOS Mitmensch hat auch im Jahr 2016 unermüdlich gegen politische und mediale Hetze mobil gemacht. Der Verbreitung von hetzerischen Falschinformationen wurde durch Aufklärungsarbeit entgegengewirkt. So thematisierten wir beispielsweise Falschinfos der Kronenzeitung zum Thema Einbürgerung von Geflüchteten, eine manipulative Grafik der Kronenzeitung zu Sozialhilfeleistungen sowie Falschinfos des Innenministers zum Thema Kriminalität. Zur Abwehr von Hass und Hetze im Netz veröffentlichte SOS Mitmensch einen Online-Ratgeber mit Informationen, wie man sich gegen Hasskommentare im Netz wehren kann. Darüber hinaus veröffentlichte SOS Mitmensch Fakten zum Thema Kriminalität in Österreich.

### **Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus**

In Sachen Abwehr von Antisemitismus und Rassismus zeigte SOS Mitmensch auf, dass die mandatsstärkste Oppositionspartei im österreichischen Parlament ein Magazin regelmäßig und mit zahlreichen Inseratschaltungen unterstützt, das antisemitische, rassistische und Holocaust-Überlebende verunglimpfende Beiträge veröffentlicht. Es wurden auch Verbindungen und Naheverhältnisse der FPÖ zu einer vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen Gruppierung thematisiert:

Anlässlich der Bundespräsidentenwahl 2016 führte SOS Mitmensch eine erfolgreiche Video-Kampagne durch, in der wir zu „Wahlmunterkeit“ aufriefen. Dank prominenter Beteiligung an der Kampagne und der breiten Mobilisierung vieler kleinerer und größerer Initiativen gelang es, zu einer breiten Beteiligung an der Bundespräsidentenwahl anzuregen: SOS Mitmensch zeigte darüber hinaus die Nähe von Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer zu rechtsextremen Gedankengutelementen und zu einem antisemitischen, rassistischen und Holocaust-Überlebende verunglimpfenden Magazin auf:

Nach dem knappen Ergebnis in der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl, durch welches Österreich beinahe erstmals in der Zweiten Republik einen Bundespräsidenten erhalten hätte, der Menschen allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit nicht als Teil Österreichs anerkennt, verfasste SOS Mitmensch einen offenen Brief an die Spitzen der österreichischen Politik. Wir riefen dazu auf, keine Spaltung nach Herkunft und Religion zuzulassen: SOS Mitmensch erhielt zahlreiche Reaktionen von Seiten politischer VertreterInnen unterschiedlicher Parteien, in denen diese betonten, eine solche Spaltung nicht zulassen zu wollen. SOS Mitmensch veröffentlichte diese Stellungnahmen.

Wie schon in den vergangenen Jahren wirkte SOS Mitmensch auch 2016 beim Bündnis „Jetzt Zeichen setzen“ mit, das sich gegen von rechtsextremen Kreisen betriebene Veranstaltungen in der Hofburg einsetzt. Gemeinsam mit anderen AkteurInnen wurde eine Kundgebung gegen Rassismus und Rechtsextremismus am Wiener Heldenplatz abgehalten.

Scharfe Kritik übte SOS Mitmensch an der vom Weisungsrat des Justizministeriums verordneten Einstellung eines Verfahrens gegen einen Anwalt aus Wels, der im Zuge eines Plädoyers die Existenz von Gaskammern in Mauthausen infrage gestellt hatte.

### **Aktiv für eine menschenrechtskonforme und menschliche Asylpolitik**

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und MenschenrechtsvertreterInnen hat sich SOS Mitmensch gegen eine menschenrechtswidrige Asyl-Obergrenze stark gemacht. Wir riefen dazu auf, persönliche Schreiben an die Bundesregierung zu schicken. Dem Aufruf sind hunderte Menschen gefolgt. Darüber hinaus hat SOS Mitmensch gemeinsam mit vielen anderen und mit Unterstützung prominenter Persönlichkeiten eine erfolgreiche Kampagne gegen den Beschluss einer Notstandsverordnung geführt. Mehr als 4.400 Menschen schlossen sich der kritischen Begutachtungs-Stellungnahme von SOS Mitmensch zur Notstandsverordnung an. Es gelang zu verhindern, dass Österreich im Jahr 2016 zum Notstandsland erklärt wird und Notstandsbestimmungen in Kraft treten.

### **Integrationspolitik analysieren und gestalten**

SOS Mitmensch wies die Bundesregierung erneut auf zahlreiche Schwachstellen und ungenutztes Potenzial in der Integrationspolitik hin. Wir listeten zehn Integrationsbereiche auf, in denen akuter Handlungsbedarf besteht. Dazu zählt auch der Bereich der Einbürgerung und der Beteiligungsmöglichkeiten an der Demokratie. SOS Mitmensch sprach sich für weniger Ausgrenzung bei der Einbürgerung aus und veröffentlichte eine Info-Webseite mit fünf Fragen und Antworten zum Thema Einbürgerung.

SOS Mitmensch setzt sich bereits seit Jahren für ein realistisches und besser zugängliches Rot-Weiß-Rot-Karten-System ein. Die Regierung griff einen Teil der Anregungen auf und erarbeitete einen Gesetzesentwurf. In einer Stellungnahme begrüßte SOS Mitmensch die punktuellen Verbesserungen, zugleich übten wir jedoch Kritik am Weiterbestehen zahlreicher unrealistisch hoher Hürden für die Erlangung der Karte.

#### **Aktiv für die Bewahrung von Alltagsrechten**

Angesichts der aufkeimenden Debatte über Verbote von Kleidungsstücken, die das Gesicht verhüllen, stellte SOS Mitmensch klar, dass wir dem Tragen gesichtsverhüllender Kleidung äußerst kritisch gegenüber stehen. SOS Mitmensch betonte die Wichtigkeit von Selbstbestimmungs- und Freiheitsrechten von Frauen und sprach sich sowohl gegen Bekleidungszwang als auch gegen Bekleidungsverbote aus.

#### **Aktiv für die Stärkung von Wissen und den Abbau von Vorurteilen**

Im Sommer 2016 veröffentlichte SOS Mitmensch 30 Fragen und Antworten zum Thema MuslimInnen und Islam in Österreich: Ziel war es, mit der Beantwortung von häufig gestellten Fragen Wissen zu stärken und Vorurteilen vorzubeugen sowie zu Brückenbau, Dialog, Begegnung, Öffnung und zu einem differenzierten Problembewusstsein anzuregen.

#### **Aktiv gegen Sexismus**

SOS Mitmensch verurteilte einen sexistischen Eklat in der Vorarlberger Gemeinde Egg. Aufgrund sexistischer Anfeindungen sah sich die designierte Bürgermeisterkandidatin dazu gezwungen, einen Rückzieher machen. SOS Mitmensch wies darauf hin, dass der Frauenanteil unter den BürgermeisterInnen in Österreich nur bei unter sieben Prozent liegt und forderte Maßnahmen zur Anhebung des Frauenanteils.

#### **Gesellschaftsklimatag 2016**

Ende April 2016 fand in Österreich der dritte „Gesellschaftsklimatag“ unter Beteiligung zahlreicher Organisationen und auf Initiative von SOS Mitmensch statt. Unter dem Motto „Wir müssen reden!“ hielten zahlreiche Menschen in Wien, Oberösterreich, Burgenland und Vorarlberg „Sprechstunden der Vielfalt“ ab, bei denen sich die TeilnehmerInnen in zwei langen Reihen gegenüber saßen und mit ihrem jeweils wechselnden Gegenüber Fragen des Zusammenlebens diskutierten. Ziel war das Aufzeigen von Wegen zu mehr Dialog, zum Kennenlernen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden und zum Abbau von Vorurteilen.

#### **Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2016**

Als zivilgesellschaftliche Allianz, der SOS Mitmensch angehört, erarbeitet „Wege aus der Krise“ seit 2010 jährlich ein alternatives Budget, in dem Vorschläge für soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt, friedliches Zusammenleben auf lokaler und globaler Ebene und eine Stärkung von Demokratie und Menschenrechten zusammengetragen werden. Das am 10. Oktober 2016 präsentierte siebente Zukunftsbudget stand unter dem Motto „70 Schritte in ein gutes Leben für alle“. Das auf drei Jahre angelegte Budget forderte ein „Wohlbudget“ anstelle des „Notstandsbudgets“ des Finanzministers. Mit ihrem Budgetvorschlag zeigte die Allianz auf, wie

die Ratlosigkeit der Regierung in Sachen Arbeitsplatzschaffung überwunden, die Wirtschaft ökologisiert, Klimaschutz verstärkt und Sozialabbau verhindert werden können. Das Budget enthielt Vorschläge zur nahezu Halbierung der Arbeitslosigkeit in Österreich. Zudem beinhaltete das Budget auch ein Menschenrechtsbudget zur Verbesserung der Situation von Geflüchteten und Stärkung der Menschenrechte in Österreich.

#### **Ehrung für außergewöhnliche Zivilcourage**

SOS Mitmensch verlieh 2016 zum 13. Mal den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage. Ausgezeichnet wurden im randvollen Haus der EU in Wien die Vorarlberger Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann für ihren herausragenden Einsatz für den Schutz und die Lebensperspektiven von syrischen Flüchtlingen. Ausgezeichnet wurde darüber hinaus die Initiative „Refugee Convoy“ für ihr mutiges transnationales Engagement für Menschen auf der Flucht. Die Preisreden wurden von Christine Nöstlinger und Eva Blimlinger gehalten. Überreicht wurden die Preise von der Flüchtlingshelferin Ute Bock und dem Vorsitzenden von SOS Mitmensch Max Koch. Die Preisdotierung von insgesamt 3.000 Euro wurde von der RD Foundation Vienna von Ingrid und Christian Reder sowie von der Unruhe Privatstiftung gespendet.

## **VERNETZUNG UND UNTERSTÜTZUNG**

### **EHE OHNE GRENZEN**

SOS Mitmensch unterstützt wichtige zivilgesellschaftliche Initiativen mit Ressourcen und Know-how, um den Aufbau menschenrechtsorientierter zivilgesellschaftlicher Einrichtungen zu fördern. Ziel ist es, in der Aufbauphase eine Stütze zu geben, damit die Initiativen ihre Aufgaben mittelfristig unabhängig wahrnehmen können. Dies ist bislang mit dem Verein Mirno More, ZARA und dem Verein Ute Bock gelungen.

Seit Ende 2006 stellt SOS Mitmensch der Initiative Ehe ohne Grenzen kostenlos Büro und Infrastruktur zur Verfügung. Außerdem wurde die Anstellung der Koordinatorin vorübergehend über SOS Mitmensch abgewickelt. Ehe ohne Grenzen hat sich als führende Organisation für Fragen binationaler Ehen etabliert.

### **ZUKUNFTSBUDGET**

SOS Mitmensch beteiligte sich im Rahmen der Allianz „Wege aus der Krise“ an den Protesten von Familienverbänden, Bildungseinrichtungen und Gewerkschaften gegen das unsoziale Budget der Bundesregierung.

### **MITGLIEDSCHAFTEN**

SOS Mitmensch ist Mitglied der Armutskonferenz, von ATTAC, der asylkoordination, der Wiener Integrationskonferenz, beim Dachverband UNITED und dem Netzwerk ENARA. Darüber hinaus ist SOS Mitmensch Teil der Plattform „Machen wir uns stark“, der Allianz „Wege aus der Krise“, der „Plattform gegen den Überwachungsstaat“, des Netzwerks „Rechte Chancen Vielfalt“, des Netzwerks „Jetzt Zeichen setzen“, des Gesellschaftsklimabündnisses, der Initiative „Gegen Unmenschlichkeit“ sowie der Allianz „Agenda Asyl“.

## **INFORMATION UND HILFE**

### **MO – MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE**

MO – Magazin für Menschenrechte wurde Ende 2004 gegründet und hat sich seither im Alternativ-Mediensegment etabliert. Das Magazin kann immer wieder mit Schwerpunkten Impulse setzen, die auch von Mainstream-Medien aufgegriffen werden.

Auch 2016 wurde das 2010 ins Leben gerufene Kolportage-Projekt fortgesetzt. Dieses bietet vom Arbeitsmarkt de facto ausgeschlossenen Menschen die Möglichkeit, sich für ihren Lebensunterhalt etwas dazu zu verdienen. Besonderen Wert legt das Projekt darauf, die KolporteurInnen zu stärken und ihre Selbstermächtigung zu fördern.

### **Kolportage Workshops 2016 - Zusammenfassung**

Insgesamt fanden die Schulungen an 5 verschiedenen Terminen statt, wobei 55 KolporteurInnen teilnahmen. Der Hauptfokus lag in der Einschulung von KolporteurInnen, die erst seit kurzem Teil des Kolportageprojektes sind. Die Workshops wurden von der ehemaligen Praktikantin Teresa Wailzer mit ehrenamtlicher Unterstützung von Alexandra Musat in rumänischer Sprache abgehalten.

In der Schulung wurden verschiedene Aspekte der Kolportage besprochen. Ein Schwerpunkt lag in der Aufarbeitung und Besprechung regelmäßiger Beschwerden über KolporteurInnen. Auf dieser Basis wurden die Regeln und Richtlinien, die wir den KolporteurInnen vorgeben, besprochen und die KolporteurInnen hinsichtlich der Folgen von Fehlverhalten und Regelverstößen sensibilisiert. Darüber hinaus hatten auch die KolporteurInnen ihrerseits die Möglichkeit, über Probleme (v.a. die während des Straßenzeitungsverkaufes) zu berichten und sich auszutauschen. U.a. in Reaktion darauf wurde über den richtigen Umgang mit der Polizei und ihre Rechte informiert. Außerdem wurde der rechtliche Rahmen, in dem sich die Straßenzeitungs-Kolportage bewegt, besprochen.

### **INFORMATIONSVORANSTALTUNG**

SOS Mitmensch bzw. VertreterInnen traten bei zahlreichen Informationsveranstaltungen und Workshops zu den unterschiedlichsten Themen unseres Arbeitsfeldes auf.

### **HILFE**

Zahlreiche Menschen wendeten sich auch 2016 wieder an SOS Mitmensch, um Beratung und Hilfe zu erhalten. Konkrete Hilfe leistet SOS Mitmensch, wenn menschenrechtliche Probleme damit in Ihrer strukturellen Dimension bearbeitet werden können. Meist nimmt diese Hilfe deshalb die Form einer „Fall-Arbeit“ an, die mit Öffentlichkeitsarbeit verbunden ist. Vielfach fungiert SOS Mitmensch auch als Organisation, die Hilfe suchende Menschen an zuständige Stellen und Einrichtungen weiterleitet oder Kontakte zu Hilfseinrichtungen herstellt.

## **ORGANISATORISCHES**

### **PERSONELLES**

2016 IM TEAM

#### **Sprecher und inhaltlicher Geschäftsführer**

Alexander Pollak

#### **Kaufmännische Geschäftsführung**

Gerlinde Affenzeller

#### **Büroleitung**

Bernhard Spindler

#### **Fundraising**

Sandra Lakitsch. Ab November 2016 Katharina Hofmann-Sewera

#### **Kampagnen und Verwaltung**

Sonja Dries

#### **Redaktion MO**

Gunnar Landsgesell

#### **Buseiness Development MO**

Magdalena Summereder

#### **Schulung MO-Kolportage**

Teresa Wailzer

#### **Buchhaltung**

Margareth Buchschwenter

#### **EDV**

Thomas Just, Martin Hefler

#### **Reinigungskraft**

Alicja Zur

#### **Ehrenamtliche**

2016 dauerhaft ehrenamtlich tätig: Elke Heinzl. Darüber hinaus gab es 2016 zahlreiche weitere ehrenamtliche HelferInnen und UnterstützerInnen.



## CHRONOLOGIE

---

### Jänner

---

**08. Jänner 2016** SOS Mitmensch verurteilt die Gewalttaten von Köln. Für sexualisierte Gewalt darf es keinerlei Toleranz geben, egal welchen sozialen, ethnischen oder religiösen Hintergrund Täterinnen und Betroffene haben. Darüber hinaus gilt angesichts der möglichen Beteiligung von Flüchtlingen an der Gewalt: Eine Willkommenskultur, die Hand in Hand mit antisexistischen Haltungen geht, leistet einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen sexualisierte Gewalt.

**11. Jänner 2016** SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an der Unterstützung der FPÖ für die Zeitschrift „Aula“. In der Dezemberausgabe der „Aula“ scheinen gleich mehrere FPÖ-Inserate auf. In der gleichen Ausgabe wittert ein Autor eine „Judaisierung der Welt“. An anderer Stelle wird in der Zeitschrift vor „Rassenvermischung“ gewarnt.

**13. Jänner 2016** SOS Mitmensch bezeichnet die Forderung von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, nach einem Ende der Willkommenskultur, als Irrweg. „Eine Willkommenskultur, die Menschen offen, hilfsbereit und respektvoll begegnet und die Solidarität, Menschlichkeit und Gleichberechtigung vorlebt, ist eine wertvolle Errungenschaft, die unsere Gesellschaft stärkt. Diese Errungenschaft sollten wir ausbauen, nicht aufgeben“, betont Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.

**20. Jänner 2016** SOS Mitmensch übt Kritik am von der FPÖ ausgerichteten „Akademikerball“ in der Hofburg. Für die Veranstaltung wird in dem Magazin „Aula“ geworben. Dort wird eine groß angelegte jüdische Weltverschwörung vermutet und vor „Rassenmischung“ gewarnt. Das Bündnis „Jetzt Zeichen setzen“ ruft die Hofburg-Betreiber zum Handeln auf.

**27. Jänner 2016** SOS Mitmensch zeigt sich fassungslos darüber, dass die Meldungen bestätigt wurden, wonach die ÖVP Oberösterreich mittel- und arbeitslose Menschen, die Asyl erhalten haben, in bitterste Armut verbannen will. SOS Mitmensch ruft Landeshauptmann Josef Pühringer auf, von dem katastrophalen Vorhaben Abstand zu nehmen. Die Organisation richtet einen Appell an Pühringer, keine Mindestsicherungskürzungen, egal ob für Flüchtlinge oder Nichtflüchtlinge, zuzulassen, auch nicht bei Familien mit zwei oder mehr Kindern.

**28. Jänner 2016** SOS Mitmensch kritisiert scharf, dass sich die Regierung mit dem Asyl-Obergrenzenbeschluss massiv unter Druck gesetzt hat, unmenschlich zu handeln. Die Menschenrechtsorganisation verweist darauf, dass in die proklamierte Obergrenze nicht nur nachziehende Familienangehörige mit hineingerechnet werden, sondern auch jedes Kind von Flüchtlingen, das in Österreich zur Welt kommt. Damit werde die absurde Situation geschaffen, dass nach Erreichen der Obergrenze kein Kind mehr in Österreich zur Welt kommen dürfte, dessen Eltern Asylwerber oder Asylberechtigte sind.

---

### Februar

---

**01. Februar 2016** SOS Mitmensch appelliert in einem persönlichen Schreiben an Bundeskanzler Faymann und an Landeshauptmann Pühringer, weil die österreichische Bundesregierung mit der

Verkündung einer Asyl-Obergrenze ein menschenunwürdiges Rennen um 37.500 Asylplätze gestartet hat. Insbesondere Flüchtlinge, die bereits Familienangehörige in Österreich haben, werden alles riskieren, um noch in den Wintermonaten zu uns zu gelangen.

**03. Februar 2016** SOS Mitmensch übt Kritik an den Aussagen von ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka und warnt vor massiven negativen Folgen der Kürzung der Mindestsicherung. Mittellose Menschen und ihre Kinder würden in bitterste Armut gedrängt. Darüber hinaus würde die Verelendung jener geflüchteten Menschen, die arbeitswillig, aber arbeits- und mittellos sind, Feindbilder verstärken, so die Menschenrechtsorganisation.

**08. Februar 2016** Nach Aufruf von SOS Mitmensch haben zahlreiche ÖsterreicherInnen, darunter auch ÖVP-Mitglieder, schriftliche Appelle an den oberösterreichischen Landeshauptmann Josef Pühringer gerichtet. Er solle von einer Kürzung der Mindestsicherung Abstand nehmen. Die SchreiberInnen zeigen sich „erschüttert“ und „entsetzt“ über den „Richtungswechsel“ der oberösterreichischen Politik und erinnern an die „christlich-sozialen Wurzeln“ der ÖVP.

**10. Februar 2016** SOS Mitmensch richtet weitere Appelle an Landeshauptmann Josef Pühringer: „Christliche Prinzipien nicht über Bord werfen!“

**11. Februar 2016** SOS Mitmensch ruft die Abgeordneten des oberösterreichischen Landtags, die heute im Sozialausschuss tagen, dazu auf, keinen Sozialabbau zuzulassen. „Ein Beschluss von Kürzungen bei mittellosen Menschen hätte fatale Folgen. Davon betroffen wären nicht nur arbeitslose Personen, sondern auch NiedrigverdienerInnen, deren Einkommen durch die wichtige Mindestsicherung aufgestockt wird“.

**16. Februar 2016** SOS Mitmensch unterstützt den Aufruf für eine Demonstration in Linz gegen die geplanten Kürzungen bei mittellosen Menschen: „Bitte kommt zahlreich und mobilisiert mit! Start der Demo um 16.30 am Martin-Luther-Platz!“

---

## März

---

**1. März 2016** SOS Mitmensch unterstützt die am Mittwoch, ab 16.30 Uhr in Linz stattfindende Demonstration „Hände weg von der Mindestsicherung!“. Die von der Plattform Solidarität Oberösterreich organisierte und von mehr als 30 Organisationen – darunter Caritas OÖ, ÖGB OÖ, Katholische Arbeiterbewegung, Volkshilfe OÖ – mitgetragene Demonstration richtet sich gegen die von der oberösterreichischen Landesregierung geplanten tiefen Einschnitte in die Mindestsicherung.

**8. März 2016** SOS Mitmensch verweist darauf, dass in Vorarlberg der Frauenanteil unter den BürgermeisterInnen bereits vor dem sexistischen Mobbing-Skandal von Egg nur 7,3 Prozent betrug. Durch den erzwungenen Rückzug von Bürgermeisterkandidatin Carmen Willi ist der Frauenanteil nun auf 6,3 Prozent gesunken. Auch im restlichen Österreich lag der Frauenanteil unter den BürgermeisterInnen insgesamt unter 7 Prozent.

**9. März 2016** SOS Mitmensch warnt auf Facebook vor einen rassistischen Aufmarsch gegen eine geplante Asylunterkunft in der Ziedlergasse in Wien-Liesing.

**10. März 2016** SOS Mitmensch reagiert mit Unverständnis auf das beschwichtigende Verhalten von Landeshauptmann Markus Wallner in Bezug auf die Sexismus-Affäre in Egg. Wie die Menschenrechtsorganisation <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2761558/> berichtet, war die dortige Bürgermeisterkandidatin Carmen Willi so schwerwiegenden sexistischen Beschimpfungen und Drohungen ausgesetzt, dass sie keinen anderen Ausweg als ihren Rückzug sah.

**11. März 2016** SOS Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak hat Finanzminister Hans Jörg Schelling gefragt, ob dieser von 320 Euro im Monat leben könne. Hintergrund: 320 Euro ist der Betrag, auf den Teile der ÖVP und der FPÖ die Mindestsicherung für asylberechtigte Menschen begrenzen wollen. Die Antwort des Finanzministers auf die Frage fiel glasklar aus: „Nein, ich kann nicht von 320 Euro leben!“ SOS Mitmensch ruft die politisch Verantwortlichen dazu auf, von Kürzungen und Deckelungen der Mindestsicherung Abstand zu nehmen. Eine Politik, die zuallererst bei den Schwächsten kürzt und Teile der Bevölkerung in bittere Armut treibt, ist nicht lösungsorientiert, sondern eine menschliche, soziale und gesellschaftliche Bankrotterklärung!

**15. März 2016** SOS Mitmensch veröffentlicht das aktuelle MO-Magazin für Menschenrechte, unter anderem mit deinem Kommentar der Ökonomin Margit Schratzenstaller. Sie kritisiert eine Kürzung der Mindestsicherung. Eine solche Maßnahme würde „viele BezieherInnen in die Armut drängen“. Stattdessen brauche es „ein Paket an Maßnahmen“, um Beschäftigung und Integration zu steigern.

**22. März 2016** SOS Mitmensch äußert Mitgefühl und Anteilnahme mit den Opfern der menschenverachtenden Terroranschläge von Brüssel sowie den Angehörigen der Opfer.

---

## April

---

**09. April 2016** SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an den Plänen der Bundesregierung, Österreich zum Notstandsland zu erklären. Damit werde der Boden zur Untergrabung von Menschenrechten aufbereitet, Problemlagen bei betroffenen Menschen verschärft und das gesellschaftliche Klima in Richtung Verengung und Ausgrenzung gelenkt. Österreich braucht eine Problemlösungspolitik, keine Notstandspolitik.

**13. April 2016** SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an von der Kronzeitung verbreiteten Falschinformationen zur Einbürgerung von anerkannten Flüchtlingen. Mit irreführenden Angaben und falschen Zahlen wird der LeserInnenschaft der Eindruck vermittelt, dass nahezu alle Asylberechtigte nach 6 Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten würden. Davon ist Österreich mit seinen restriktiven Einbürgerungsbestimmungen jedoch meilenweit entfernt.

**13. April 2016** Am Donnerstagabend findet um 19.00 Uhr im Haus der EU die Verleihung des mit 3.000 Euro dotierten Ute-Bock-Preises für Zivilcourage statt. Ausgezeichnet werden von der Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch die Vorarlberger Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann für ihren herausragenden Einsatz für den Schutz und die Lebensperspektiven von syrischen Flüchtlingen und die Initiative „Refugee Convoy“ für ihr mutiges transnationales Engagement für Menschen auf der Flucht.

**14. April 2016** SOS Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak hat Vizekanzler Reinhold Mitterlehner gefragt, ob dieser von 520 Euro im Monat leben könne. Hintergrund: 520 Euro ist der Betrag, auf den die

ÖVP die Mindestsicherung für asylberechtigte Menschen begrenzen will. Die Antwort Mitterlehners fiel überraschend aus: „Ja, ich kann von 520 Euro leben!“

**15. April 2016** SOS Mitmensch fordert die FPÖ-Spitze auf, zu erklären, warum jene rechtsradikale Gruppierung, die Donnerstagabend das Audimax gestürmt hat, von FPÖ-Funktionären hofiert und gelobt wird. Die Menschenrechtsorganisation verweist auf Aussagen des stellvertretenden Wiener Neustädter Bürgermeisters Michael Schnedlitz, der sich vor wenigen Wochen mit den Rechtsradikalen in Anwesenheit des FPÖ-Nationalratsabgeordneten Walter Rosenkranz verbrüdernd und sie über die Bundesregierung gestellt hat.

---

## Mai

---

**4. Mai 2016** SOS Mitmensch geht der Aussage des Wiener Polizeisprechers Roman Hahslinger nach, in Wien gäbe es im Vergleich zum Vorjahr bisher keinen Anstieg an Sexualstraftaten. SOS Mitmensch hat recherchiert, dass der derzeit von Medien transportierte Eindruck einer gestiegenen Fallzahl sich nicht mit den Daten der Wiener Polizei deckt. Das heißt, sowohl bei angezeigten Vergewaltigungen als auch bei sexuellen Belästigungen gab es in den vergangenen zwei Jahren einen leichten Abwärtstrend.

**10. Mai 2016** SOS Mitmensch unterstützt wieder die Demonstration in Linz „Hände weg von der Mindestsicherung!“.

**11. Mai 2016** SOS Mitmensch porträtiert 16 Menschen, die sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagieren: „Wir erzählen, was ihr Antrieb für diese Arbeit ist, sie sagen, warum man helfen sollte.“

**23. Mai 2016** SOS Mitmensch bedankt sich bei den vielen Menschen, die sich in den vergangenen Tagen und Wochen erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass Österreich einen Bundespräsidenten erhält, der den Ansprüchen einer freien, gleichberechtigten und weltoffenen Demokratie gerecht werden kann.

**30. Mai 2016** Als Reaktion auf das knappe Ergebnis bei der Bundespräsidentenwahl hat SOS Mitmensch einen offenen Brief an die Spitzen der österreichischen Politik verfasst. Es sei alarmierend, dass ein Kandidat, der Menschen allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit nicht als Teil Österreichs anerkennt, nur um wenige Stimmen das Bundespräsidentenamt verfehlt habe. Die Politik dürfe jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen, so die Menschenrechtsorganisation.

---

## Juni

---

**1. Juni 2016** SOS Mitmensch ruft das Innenministerium und das Land Oberösterreich dazu auf, umgehend den raschen Wiederaufbau des niedergebrannten Asylquartiers in Altenfelden sicherzustellen.

**2. Juni 2016** Das aktuelle MO Magazin erscheint. Unter anderem spricht Andrea Brem, seit 15 Jahren Leiterin der Wiener Frauenhäuser, darüber, dass sexualisierte Gewalt in Österreich zum Alltag gehört und warum man die Zivilcourage der Menschen nicht unterschätzen sollte.

**8. Juni 2016** SOS Mitmensch initiiert einen Aufruf gegen den Ausschluss von anerkannten Flüchtlingen von der regulären Mindestsicherung. Der Aufruf richtet sich an die Abgeordneten des oberösterreichischen Landtags. Diese stimmen am 16. Juni über ein umstrittenes Gesetz ab, das eine massive Kürzung der Unterstützungsleistung für Asylberechtigte vorsieht.

**13. Juni 2016** SOS Mitmensch ruft Integrationsminister Sebastian Kurz dazu auf, gegen die in Oberösterreich geplante massive Mindestsicherungskürzung für anerkannte Flüchtlinge Stellung zu beziehen. Der Integrationsminister dürfe nicht inaktiv bleiben, wenn am 16. Juni im oberösterreichischen Landtag die Verabschiedung eines integrationsfeindlichen Gesetzes drohe, so die Menschenrechtsorganisation.

**14. Juni 2016** Mehr als 6.800 Menschen haben die Petition von SOS Mitmensch gegen den Ausschluss von anerkannten Flüchtlingen von der regulären Mindestsicherung unterzeichnet. Der Appell von SOS Mitmensch wird von prominenten OberösterreicherInnen, wie der Schauspielerin Angelika Niedetzky, dem Autor Ludwig Laher und dem Regisseur Kurt Palm unterstützt.

**15. Juni 2016** SOS Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak übergibt die Petition an den Präsidenten des oberösterreichischen Landtags.

**16. Juni 2016** Scharfe Kritik übt der SOS Mitmensch-Sprecher am Gegeneinander-Ausspielen von Menschen. „Niemand in Oberösterreich erhält auch nur einen Cent mehr, wenn andere Personen in tiefe existentielle Nöte gestürzt werden. Das sollten alle wissen, die jetzt vielleicht der falschen Annahme erliegen, sie würden vom Beschluss des Landtages profitieren“, ruft Pollak zu einer Abkehr von einer Politik der sozialen Spaltung und der Erzeugung von Armut auf.

**21. Juni 2016** Die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch übt deutliche Kritik an Aussagen von Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Landeshauptmann Josef Pühringer, wonach Studierende ohne große Probleme von 560 Euro im Monat leben könnten. 560 Euro ist jener Betrag, auf den in Oberösterreich die Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge gekürzt wurde. Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben von Studierenden liegen jedoch bei 928 Euro, ergab ein Faktencheck von SOS Mitmensch.

---

## Juli

---

**6. Juli 2016** SOS Mitmensch hat als Reaktion auf antimuslimische Aussagen im Bundespräsidentenwahlkampf einen Offenen Brief an die Spitzen der österreichischen Politik verfasst. Viele PolitikerInnen haben geantwortet, dass es auch ihnen ein großes Anliegen ist, sich für gemeinsame Grundwerte und gegen die Ausgrenzung von Menschen allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit auszusprechen.

**7. Juli 2016** SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an der Verbreitung von Falschinformationen durch Innenminister Wolfgang Sobotka. Dieser hatte gegenüber der APA behauptet, dass „99 Prozent der Suchtmitteldelikte durch Nichtösterreicher begangen werden“. Laut Verurteilungsstatistik des Jahres 2015 wurden jedoch 56,5 Prozent der Suchtmitteldelikte durch österreichische StaatsbürgerInnen begangen.

**9. Juli 2016** SOS Mitmensch hat einen Fragen- und Antworten-Katalog zu MuslimInnen und Islam in Österreich erstellt. Auf der Webseite werden 30 häufig gestellte Fragen abgehandelt - von der Geschichte der MuslimInnen in Österreich über die Aussagekraft einzelner Koranzitate bis hin zur Frage, warum sich gerade bezüglich des Tragens von Kopftüchern immer wieder emotionale Debatten entzünden. SOS Mitmensch stellt auch die Frage, was es braucht, damit das demokratische Zusammenleben in einer Gesellschaft, die sowohl von religiöser Vielfalt als auch von Nichtreligiosität geprägt ist, gut funktioniert. Die Menschenrechtsorganisation nennt dazu zehn Punkte, die von allen wichtigen gesellschaftlichen, politischen und religiösen Akteurinnen und Akteuren mitgetragen werden sollten.

**12. Juli 2016** SOS Mitmensch hat eine Kurzanleitung online gestellt, wie sich die Bevölkerung gegen Hass im Netz wehren kann. In der Anleitung finden sich Informationen zu rechtlichen Rahmenbedingungen und zu Möglichkeiten, Drohungen, Gewaltaufrufe, Hetze und Verstöße gegen das Verbotsgesetz zu melden und anzuzeigen.

**15. Juli 2016** SOS Mitmensch äußert Mitgefühl und Anteilnahme gegenüber den Opfern der abscheulichen mörderischen und mutmaßlich terroristischen Amokfahrt in Nizza, sowie den Angehörigen der Opfer, denen Menschen auf brutale Weise weggenommen wurden.

**19. Juli 2016** SOS Mitmensch hat sich anhand der Zahlen des Bundesministeriums für Inneres sowie der Statistik Austria angeschaut, wie sich in Österreich und der Bundeshauptstadt Wien in den letzten 10 Jahren die Anzeigen in den Bereichen Tötungsdelikte, schwere Körperverletzung und Körperverletzung entwickelt haben.

**28. Juli 2016** SOS Mitmensch unterstützt Initiative #GegenHassimNetz

---

## August

---

**09. August 2016** SOS Mitmensch steht dem Tragen gesichtsverhüllender Kleidung (Burka, Niqab) extrem kritisch gegenüber, lehnt aber Bekleidungsverbote, wie sie Integrationsminister Sebastian Kurz fordert, ab. Grundlegende, in Österreich bisher fest verankerte Freiheitsrechte, wie die Bekleidungsfreiheit, sollten verteidigt und nicht durch Verbote ausgehöhlt werden. Anstatt durch ein gesetzliches Bekleidungsverbot die Rechte von Frauen einzuschränken, sollten Mädchen- und Frauenrechte gestärkt werden, fordert die Menschenrechtsorganisation.

**11. August 2016** SOS Mitmensch kritisiert die Kampagne der Kronenzeitung gegen Sozialleistungen für hier lebende AusländerInnen. Immer wieder werden falsche Informationen oder manipulative Aufbereitungen verbreitet, wie zum Beispiel bei einer Grafik, die in Krone-Artikeln auftaucht, aber abgeschnitten ist – genau dort, wo es um den Anteil der Sozialhilfeleistungen an Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft geht. SOS Mitmensch hat die Grafik entsprechend ergänzt, um die tatsächlichen Proportionen sichtbar zu machen.

**23. August 2016** Angesichts der Ankündigung von Integrationsminister Sebastian Kurz, ein neues Integrationspaket zu schnüren, ruft SOS Mitmensch Kurz dazu auf, mehr Mut in der Integrationspolitik zu zeigen. „In den vergangenen Jahren ist im Integrationsbereich einiges unerledigt oder halberledigt geblieben. Projekte, die Mut und Vorausblick erfordern, sind oftmals gar nicht erst angegangen worden“, kritisiert Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.

**31. August 2016** SOS Mitmensch startet eine Videokampagne für „Wahlmunterkeit“. Prominente Persönlichkeiten wie Elizabeth T. Spira, Adele Neuhauser, Maria Hofstätter, Cornelius Obonya sowie die Band Texta sprechen sich in kurzen Videospots gegen Wahlmüdigkeit aus und rufen zur Teilnahme an der Stichwahl auf.

---

September

---

**7. September 2016** SOS Mitmensch präsentiert den zweiten Wahlmunterkeits-Videospot zur Bundespräsidentenwahl. Die Schauspielerin Adele Neuhauser erklärt, warum sie von ihrem demokratischen Mitbestimmungsrecht bei der Stichwahl am 2. Oktober unbedingt Gebrauch machen will.

**9. September 2016** Das aktuelle MO-Magazin für Menschenrechte erscheint unter anderem mit einem Interview mit der Wiener Psychiaterin und Psychoanalytikerin Elisabeth Skale über die Psychologie des Populismus und wie Rechtspopulisten die Ängste der Menschen ausnützen. Skale warnt davor, dass Rechtspopulisten darauf hinarbeiten, Hemmungen zum unzivilisierten Handeln abzubauen.

**27. September 2016** SOS Mitmensch ruft die Bundesregierung bereits jetzt dazu auf, von einem Beschluss der Verordnung Abstand zu nehmen. Österreich ist weit weg davon, ein Notstandsland zu sein. Es gilt aus dem desaströsen politischen Wettstreit um die Erzeugung von Notstandsgefühlen auszusteigen.

**28. September 2016** SOS Mitmensch berichtet, dass sich Bundeskanzler Christian Kern gegen den Beschluss einer Verordnung, die Österreich zu einem Notstandsland macht, ausgesprochen habe. Der Sprecher der Menschenrechtsorganisation hatte Kern vor dem Bundeskanzleramt angesprochen und ihn gefragt, warum er eine Verordnung beschließen wolle, die Österreich zu einem Notstandsland erkläre. Kerns Antwort darauf: „Das will ich nicht.“

---

Oktober

---

**3. Oktober 2016** SOS Mitmensch übt Kritik an Aussagen von Innenminister Wolfgang Sobotka, wonach er eine fairere Bezahlung gemeinnütziger Tätigkeiten von Asylsuchenden ablehne, weil das Lohnniveau in Afghanistan deutlich niedriger sei als in Österreich.

**4. Oktober 2016** Mehr als 4.000 Privatpersonen haben sich der Stellungnahme von SOS Mitmensch gegen die geplante Notverordnung angeschlossen. Darunter die Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek, der Olympia-Bronzemedaillengewinner Thomas Zajac, die Holocaust-Überlebende Dora Schimanko, der Autor Ilija Trojanow und der Schauspieler und Kabarettist Josef Hader. Mit den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Stellungnahme ruft die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch die Regierungsmitglieder von SPÖ und ÖVP dazu auf, von einem Beschluss der Notverordnung Abstand zu nehmen und aus dem desaströsen politischen Wettstreit um die Erzeugung von Notstandsgefühlen auszusteigen.

**11. Oktober 2016** SOS Mitmensch präsentiert einen Live-Einkommens-Zähler, der zeigt, wie groß die Distanz zwischen politischen EntscheidungsträgerInnen und MindestsicherungsbezieherInnen ist. So

verdient beispielsweise der Bundeskanzler das 30-fache einer Mindestsicherungsbezieherin, sofern diese den maximalen Satz für erwachsene Personen erhält. Sollte die Mindestsicherung, wie von Minister Sebastian Kurz gefordert, in den ersten fünf Jahren um ein Drittel reduziert werden, würde der Bundeskanzler sogar das 45-fache einer Mindestsicherungsbezieherin erhalten.

**18. Oktober 2016** SOS Mitmensch übt Kritik an Aussagen von Verteidigungsminister Doskozil, wonach es „nicht wesentlich“ sei, ob jemand ins Asylverfahren komme. Diese Aussage sei zynisch und stehe im Widerspruch zur Realität, so die Menschenrechtsorganisation. SOS Mitmensch verweist darauf, dass Aufenthaltssicherheit und Perspektiven untrennbar mit der Zulassung zum Asylverfahren und dessen Ausgang verbunden sind.

**20. Oktober 2016** SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an der geplanten Kürzung der Mindestsicherung in Niederösterreich. Die Lebensbedingungen für mittellose Menschen würden damit erheblich erschwert. Besonders hart treffe die Verbannung in tiefe Armut Kinder und Jugendliche aus mittellosen Familien, deren Startchancen erheblich gemindert werden, so die Menschenrechtsorganisation.

**31. Oktober 2016** SOS Mitmensch übt Kritik an der vom Weisungsrat des Justizministeriums verordneten Einstellung eines Verfahrens gegen einen Anwalt aus Wels, der im Zuge eines Plädoyers die Existenz von Gaskammern in Mauthausen infrage gestellt hat. Damit werde ein bedenklicher Präzedenzfall in Sachen Straffreiheit von Gaskammernverleugnung geschaffen, so die Menschenrechtsorganisation.

---

## November

---

**2. November 2016** SOS Mitmensch startet eine zweite Welle der Videokampagne für „Wahlmunterkeit“. Prominente Persönlichkeiten wie Cornelius Obonya, Maria Hofstätter, Michael Niavarani, Elizabeth T. Spira, Adele Neuhauser, sowie die Band Texta sprechen sich in kurzen Videospots gegen Wahlmüdigkeit aus und rufen zur Teilnahme an der Bundespräsidenten-Stichwahl am 4. Dezember auf.

**3. November 2016** SOS Mitmensch unterstützt die Initiative #abersicher der Armutskonferenz für eine bessere Mindestsicherung mit weniger Armut. SOS Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak verweist darauf, dass von einer menschenwürdigen Mindestsicherung alle in Österreich profitieren. SOS Mitmensch richtet einen eindringlichen Appell an die politischen VerantwortungsträgerInnen in der Bundesregierung und den Bundesländern, in die soziale Stabilität zu investieren und eine menschenwürdige Mindestsicherung für alle hier lebenden Menschen sicherzustellen. Denn Investitionen in soziale Stabilität haben den Charakter Österreichs geprägt und das Land bisher stark gemacht.

**8. November 2016** SOS Mitmensch hat die aktuelle Mindestsicherungsstudie des Wirtschaftsforschungsinstituts näher unter die Lupe genommen und ist dabei auf bisher nicht beachtete Zahlen gestoßen. So ist knapp die Hälfte der MindestsicherungsbezieherInnen gar nicht in der Lage zu arbeiten, weil es sich bei ihnen um Kinder, Pensionisten oder kranke Personen handelt. Sie wären von Kürzungen besonders hart betroffen, ebenso Personen, die ein geringes Einkommen aufstocken.

**10. November 2016** SOS Mitmensch präsentiert einen weiteren Wahlmunterkeits-Videospot zur Bundespräsidentenwahl am 4. Dezember. Die Schauspielerinnen Maria Hofstätter, die in Filmen wie



"Hundstage" und "Paradies: Glaube" brilliert hat, erklärt, warum sie von ihrem demokratischen Mitbestimmungsrecht bei der Stichwahl unbedingt Gebrauch machen will.

**17. November 2016** SOS Mitmensch projiziert mit einer spektakulären Aktion den Spruch "Nehmen Sie den Ärmsten nicht das letzte Hemd, Herr Pröll!" auf den Regierungssitz des niederösterreichischen Landeshauptmanns. Die Menschenrechtsorganisation ruft Pröll dazu auf, das soziale Schutznetz nicht zu zerreißen. Der geplante Kürzungsbeschluss der Mindestsicherung solle gestoppt werden.

**21. November 2016** SOS Mitmensch präsentiert einen weiteren Wahlmunterkeits-Videospot zur Bundespräsidentenwahl am 4. Dezember. Die Mitglieder der oberösterreichischen Hip-Hop-Band Texta waren bei den ersten beiden Wahlgängen auf Tour und haben daher mit Wahlkarte gewählt. Das werden sie wieder tun. Sie rufen für die Stichwahl am 4. Dezember zu Wahlmunterkeit auf.

**25. November 2016** In der aktuellen Ausgabe des von SOS Mitmensch herausgegebenen MO-Magazin für Menschenrechte spricht sich der ÖVP-Politiker Othmar Karas für eine bundeseinheitliche Regelung der Mindestsicherung aus. Es müsse jedem Menschen ein Mindestmaß an würdevoller Existenz zugesichert werden, so Karas. Scharfe Kritik übt der EU-Abgeordnete an Flüchtlings-Referenden in der EU. Die Lage in der Türkei bezeichnet er als „zutiefst schockierend“.

**28. November 2016** SOS Mitmensch präsentiert einen weiteren Wahlmunterkeits-Videospot zur Bundespräsidentenwahl am 4. Dezember. Michael Niavarani erklärt, warum William Shakespeare ganz sicher zur Wahl gegangen wäre.

---

## Dezember

---

**9. Dezember 2016** SOS Mitmensch veröffentlicht ein Schreiben der ÖVP. Die ÖVP Niederösterreich hat auf das Protestschreiben geantwortet, das SOS Mitmensch und viele weitere Menschen gegen die Mindestsicherungskürzung an Landeshauptmann Erwin Pröll und Landesrätin Barbara Schwarz abgeschickt haben. In ihrem Schreiben begründet die ÖVP die massive Kürzung der Mindestsicherung.

**21. Dezember 2016** SOS Mitmensch sieht weiterhin erheblichen Verbesserungsbedarf im Rot-Weiß-Rot-Karten-System. In einer Stellungnahme zum vorliegenden Gesetzesentwurf der Regierung begrüßt SOS Mitmensch zwar, dass punktuell Verbesserungen vorgesehen sind, zugleich übt die Menschenrechtsorganisation jedoch Kritik am Weiterbestehen unrealistisch hoher Hürden für die Erlangung der Karte.